



# BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

## NEWSLETTER NOVEMBER 2022

### BERND RÜTZEL

Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses  
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

### WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

### MIT NUR EINEM KLICK:



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir alle haben die milliarden schweren Rettungspakete während der Pandemie erlebt, vielleicht auch schon wieder vergessen. In der Energiekrise haben wir drei Rettungspakete in Höhe von 100 Mrd. Euro beschlossen, plus 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr. Und jetzt hat der Bundestag ein 200 Mrd. Euro schweres Sondervermögen für die Gaspreisbremse, Strompreisbremse etc. beschlossen.

Ich frage mich öfters, wer das alles einmal bezahlen muss. Es werden unsere Kinder und Enkel sein. Dennoch ist es richtig, dies jetzt so zu tun. Ansonsten würde vieles in Deutschland unwiederbringlich verloren gehen. Ich will offen zugeben, dass ich mich über manchen Anruf ärgere. Manche beschwerten sich, dass andere etwas bekommen. Wie kann man neidisch auf jemanden sein, der noch weniger hat als man selbst? Andere wiederum sind der Meinung, es muss alles noch viel mehr sein. Ich sagte es letzte Woche live in SWR 2: Das Geld, das jetzt verteilt wird, gehört nicht dem Bundestag oder dem Bundeskanzler. Es ist das Geld der Steuerzahler. Es sind gerade richtig schwierige Zeiten, wenn wir zusammenhalten, können wir gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Die alten Zeiten wird es nicht mehr geben. Es sind neue Zeiten.

Gute Lektüre, Ihr/Euer 

4



Mindestlohn-Erhöhung

6



Hilfen für Geflüchtete

8



XXL-Wohngeld-Reform

11



49-Euro-Ticket

# KLARTEXT

## WO SIND DIE ARBEITSKRÄFTE?



Uns fehlen Fach- und Arbeitskräfte. Die Folgen spüren wir alle: Die Kita schließt früher, es ist kein Handwerker zu bekommen, beim Arzt warten wir immer länger, Züge fallen aus.

Interessant: Zu den Top-Mangelberufen gehören fast ausnahmslos Jobs, die entweder fast nur Frauen oder fast nur Männer ausüben. In den Top Ten der Jobs, in denen die Fachkräftelücke am größten ist, finden sich auf der einen Seite Sozialarbeit, Kinderbetreuung, Altenpflege und Gesundheitsberufe. Auf der anderen Seite werden händeringend Leute in den Bereichen Bauelektrik, Informatik, Kraftfahrzeugtechnik und Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik gesucht. Letzteres ist vor allem bitter, weil diese Arbeit jetzt besonders wichtig ist, um die Energiewende zu meistern. Wenn nur ein Geschlecht dominiert, dann fällt die Hälfte der möglichen Bewerber weg. Es muss also unser Ziel sein, dass Frauen und Männer gleichermaßen alle Berufe ergreifen. Das würde auch die Lohnlücke

zwischen Männern und Frauen verringern. Viele meinen immer noch, Frauen kann man mit weniger Lohn abfinden. Das Hauptnährermodell steckt bei vielen noch im Hinterkopf. Richtig war dies noch nie, deshalb ist es umso erstaunlicher, dass manche immer noch denken und handeln wie vor 50 Jahren.

Die Fachkräfte-Strategie der Bundesregierung setzen wir jetzt im Bundestag um: Wir werden allen Jugendlichen eine Ausbildung garantieren, Weiterbildung mit Qualifizierungsgeld und Bildungsteilzeit fördern, die Kinderbetreuung weiter ausbauen und ein modernes Einwanderungsrecht schaffen mit einer einfacheren Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Wenn wir Menschen befähigen, länger und gesünder im Arbeitsleben zu bleiben, die Frauenerwerbstätigkeit steigern, Jugendliche statt in Aushilfsjobs in Ausbildungen bekommen und jährlich ein paar Hunderttausend Menschen aus dem Ausland in unseren Arbeitsmarkt integrieren, haben wir vielleicht eine Chance, dass wir unseren Wohlstand und gewohntes Umfeld aufrechterhalten können.



# POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

## 300 EURO ENERGIEPREISPAUSCHALE FÜR RENTNERINNEN & RENTNER

- Die Einmalzahlung erfolgt automatisch durch die Rentenzahlstellen bis zum 15. Dezember.
- Die Energiepreispauschale (EPP) erhält, wer zum 01.12.2022 Anspruch auf eine Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente der gesetzlichen Rentenversicherung hat.
- Der Anspruch besteht nur bei Wohnsitz im Inland.
- Die EPP soll der Steuerpflicht unterliegen.
- Sie wird aber nicht bei einkommensabhängigen Sozialleistungen angerechnet und unterliegt auch nicht der Beitragspflicht in der Sozialversicherung.



privat

## EVG-KONGRESS

### MEHR ALS EIN KOLLEGEN-TREFFEN

Der EVG-Gewerkschaftstag war ein besonderer Termin. Ich habe dort viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen getroffen. Vor allem habe ich mich über das Wiedersehen mit den Jugendvertreterinnen und -vertretern von 1991 gefreut. Wir waren eine tolle Gruppe. Der Gewerkschaftstag hat Martin Burkert zum neuen EVG-Vorsitzenden gewählt. Herzlichen Glückwunsch, lieber Martin!



Bernd Rützel

## SOKA BAU

### TARIFSYMPOSIUM IN BERLIN

Das Sozialkassenverfahren reicht bis ins Jahr 1921 zurück. Auf Basis von Tarifverträgen regelt die SOKA-BAU Urlaubsansprüche, betriebliche Altersversorgung und Ausbildungsförderung in der Bauwirtschaft. Auf dem Tarifsymposium der SOKA-BAU habe ich über die Zukunft der Sozialkassenverfahren diskutiert und auf dem Parlamentarischen Abend habe ich mich über die Begegnung mit Norbert Lehmann, Pierre Littbarski und Kati Wilhelm gefreut.

## VER.DI

### ENGER AUSTAUSCH



Büro Rützel

In meinem Berliner Büro traf ich mich zu einem guten Austausch mit Stefan Adamski, dem Sprecher von ver.di in der Bundesfinanzverwaltung. Ich sprach mit ihm über die Erfolgsgeschichte des Mindestlohns, den wir zum 1. Oktober auf 12 Euro angehoben haben.

Wir waren uns über die Bedeutung von Kontrollen und eine entsprechende personelle Stärkung einig. Die Überwachung der Einhaltung des Mindestlohnes ist ein wichtiges Thema, bei dem wir eng und vertrauensvoll mit ver.di zusammenarbeiten.

## 200 Milliarden Euro zur Senkung der Energiepreise!

»Die Preise müssen  
runter!«

— Olaf Scholz kündigt  
neuen Abwehrschirm mit  
**Gaspreisbremse** an.

SPD Bundestagsfraktion

# 200 MRD EURO

## ENTLASTUNGEN IN DER KRISE

Zusätzlich zu den bereits beschlossenen Entlastungen und damit die Preise für Strom und Gas sinken, spannt die Ampel-Koalition einen Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro auf. Damit soll auch die von der „Expertenkommission Gas und Wärme“ vorgestellte Gaspreisbremse finanziert werden. Die von der Bundesregierung eingerichtete Kommission hat Empfehlungen vorgelegt, die nun von der Bundesregierung geprüft und dann in die parlamentarischen Beratungen gebracht werden. Beschlossen ist hier noch nichts, das geschieht im Parlament!

Im Kern geht es um eine kurzfristige Einmalzahlung im Dezember und eine Gaspreisbremse, die eigentlich erst ab März greifen soll. Damit sollen viele Haushalte sowie Unternehmen entlastet und zugleich Anreize zum Energiesparen gesetzt werden. In Arbeit ist auch eine Strompreisbremse, Zuschüsse für Besitzer von Öl- und Pelletsheizungen sowie ein Vorziehen der Gaspreisbremse auf den 01.01.23. Hier ist noch einiges in Bewegung. Sicher ist nur, dass wir alles tun



werden, um die Energiekosten deutlich zu senken. Mehr dazu [auf meiner Homepage](#).



SPD Bundestagsfraktion

# 12 EURO

## 6 MIO. MENSCHEN PROFITIEREN

Mehr Respekt - auch dafür sind wir angetreten. Wir haben Euch versprochen, wir erhöhen den Mindestlohn auf 12 Euro und das haben wir auch gemacht. Und am 1. Oktober war es soweit. Damit haben sechs Millionen Beschäftigte mehr Geld auf dem Konto — besonders Frauen und Menschen in Ostdeutschland verdienen bislang weniger. Das ändert sich jetzt! Aber: Ein Mindestlohn bleibt ein Mindestlohn und ist kein guter Lohn. Was wir brauchen, ist mehr Bezahlung nach Tarif. Und dafür werden wir uns weiter stark machen.

## Zum Anschauen auf das Foto klicken!



Mein Interview in der rbb-Abendschau am 22.10. zu der Solidaritäts-Demo in Berlin und zu den Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Den Bericht gibt es ab Minute 2:40, das Interview ab 5:40.



Markt Bürgstadt

## 850.000 Euro

### FÜR KLIMA-PROJEKTE IN MIL

Klimaschutz geht alle an – und er gelingt, wenn alle mitmachen. Das ist auch das Ziel der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI): Mitwirkende aus allen Bereichen (Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und kommunale Unternehmen, Wirtschaft und Wissenschaft) mit ihren Ideen für Umwelt- und Klimaschutz in ihrer Umgebung einzubinden und in der Umsetzung von Projekten zu fördern.

Im Landkreis Miltenberg waren zwei Projektanträge erfolgreich und wurden nun positiv beschieden, wie ich in Erfahrung bringen konnte: So wird das Projekt „KSI: Aerobe In-Situ-Stabilisierung der Deponie Guggenberg im Landkreis Miltenberg“ des Landkreises Miltenberg mit über 560.000 Euro gefördert – ebenso wie der Markt Bürgstadt bei der „Nachrüstung Klassenzimmer-Lüftungsgeräte im Rahmen der Generalanierung Grund- und Mittelschule Bürgstadt“ (Foto) mit insgesamt 290.000 Euro. Eine gute Sache. Und überhaupt ist das Förderangebot der NKI äußerst vielfältig. Informationen zur NKI mit ihrem vielfältigen Förderangebot gibt es mit nur einem



Klick unter [www.klimaschutz.de](http://www.klimaschutz.de).



Büro Rützel

## WEINBAU

### MUSS WEITER MÖGLICH SEIN

Der kürzlich von der EU-Kommission vorgelegte Entwurf einer „Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln“ sorgt derzeit beim Fränkischen Weinbauverband für viel Stirnrunden, weshalb die Winzer und Winzerinnen mich um Unterstützung gebeten haben. Mit der Verordnung aus Brüssel soll die seit 2009 geltende Richtlinie zur Nutzung von Pflanzenschutzmitteln abgelöst und deren Einsatz weiter deutlich verringert oder in manchen Gebieten auch gar nicht mehr angewendet werden. Das betrifft auch den Weinbau. Die Krux dabei: Fast die Hälfte des Weinanbaugebiets Franken müsste auf jeglichen Pflanzenschutz verzichten – auch ein Bioweinbau wäre dort nicht mehr möglich.

Meine Meinung: Weniger chemische Pflanzenschutzmittel im Pflanzenbau ist richtig und wichtig – sollte aber natürlich vor allem dort Anwendung finden, wo es auch Sinn macht. Und das ist sicher nicht in den klassischen und landschaftsprägenden Steillagen in fränkischen Weinbaugebieten.



Mehr Infos zu meinem Termin im Weingut May in Retzstadt [auf meiner Homepage](#).



Christian Plambeck

## MEINE REDE

### IM PLENUM DES BUNDESTAGES

Am 19.10. sprach ich im Bundestag zu einem Antrag der AfD zu den Geflüchteten aus der Ukraine. Diese Menschen mussten ihre Heimat verlassen, weil ihr Land brutal und völkerrechtswidrig angegriffen wurde. Die große Mehrheit würde lieber heute als morgen zurück in die Heimat. Solange das nicht möglich ist, ist es richtig, dass wir diese Menschen aufnehmen



und versorgen, bis sie es selbst können. Meine Rede gibt es [auf meinem YouTube-Kanal](#).

Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe der Abg. Manuel Gava [SPD] und Kaweh Mansoori [SPD])

Noch viel schlimmer aber ist – noch viel schlimmer aber ist –, dass Sie dabei gar nicht genau hinsehen, was die Menschen, die zu uns kommen, wirklich können. Ich glaube, viele von Ihnen haben überhaupt gar keine Vorstellung davon, was Zerspanungstechniker, Mechatroniker oder Heizungsbauer heute so können müssen. Haben Sie schon mal von computergesteuerten Dreh- und Fräsmaschinen gehört?

(Zurufe von der SPD: Ja! – Bernd Rützel [SPD]: Die habe ich schon bedient! 1983 habe ich die bedient! – Zuruf des Abg. Manuel Gava [SPD])

Damit produktiv umzugehen, das lernt man nicht mal so nebenbei in einem Schnellkurs. Um das zu beherrschen

we  
ter  
kle  
Ka  
die  
mech  
Be  
gra  
un  
nei  
hie

## MEIN ZURUF

### IM PLENUM DES BUNDESTAGES

In der Debatte um die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland wollte uns doch tatsächlich Dr. Klaus Wiener (CDU) erklären, was computergesteuerte Dreh- und Fräsmaschinen so alles können und wie kompliziert deren Bedienung sei. Das hat mich dann doch zu einem meiner seltenen Zwischenrufe gereizt. Denn im Gegensatz zum Energieanlagenelektroniker und Volkswirt Wiener habe ich schon mit derartigen Maschinen gearbeitet.

## FÖRDERUNG

### FÜR SCHERENBURG-FESTSPIELE



Architekturbüro Kraus | Scherenburgfestspiele

Mit 375.000 Euro fördert der Bund den Bau des Festspielhauses der Scherenburg-Festspiele Gemünden. Ich freue mich sehr, weil ich mich für die Berücksichtigung des Projektes eingesetzt habe. Gerade jetzt in dieser Zeit von Krieg und Krise ist es wichtig zu investieren – in Kultur, in gemeinsame Erlebnisse und in Aufträge für Handwerk und Mittelstand. Mit dem Geld werden der Bau eines Multifunktionsraumes für Workshops, Events, Garderoben, Fundus und Schneiderei sowie Büroräumen und eine behinder-



tengerechte Toilettenanlage gefördert. [Hier](#) geht's zur Pressemitteilung.



succo | pixabay.de

# BÜRGERGELD

## STATT HARTZ IV

Bye bye Hartz IV, hallo Bürgergeld: Anfang Oktober wurde eine der größten Sozialreformen der vergangenen 20 Jahre angepackt: das neue Bürgergeld. Damit wird das Schutzversprechen des Sozialstaats erneuert: Wer den Job verliert, muss sich erstmal keine Sorgen machen, auch die Wohnung oder das Ersparnis zu verlieren. Denn in den ersten zwei Jahren werden weder Wohnung noch Vermögen angetastet.

Jobcenter und Leistungsberechtigte sollen sich auf Augenhöhe begegnen, es wird auf Kooperation und Vertrauen gesetzt. Auch die Regelsätze werden deutlich erhöht und künftig früher an die Inflation angepasst. Außerdem wird der Zugang zu Weiterbildungen verbessert. Denn nicht die schnelle Vermittlung in irgendeine Arbeit, sondern eine nachhaltige Vermittlung in gute Arbeit steht künftig im Vordergrund. So wird der Sozialstaat zu einem verlässlichen Partner für alle, die ihn brauchen.

TAGESAKTUELL  INFORMIERT:

[facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://facebook.com/BerndRuetzelMdB)

[instagram.com/bernd\\_ruetzel](https://instagram.com/bernd_ruetzel)

[bernd-ruetzel.de](https://bernd-ruetzel.de)



congedesign | pixabay.de

# WOHNGELD

## FÜR 2 Mio. HAUSHALTE

Für Geringverdienende, Alleinerziehende, Familien sowie Rentnerinnen und Rentner wird es immer schwieriger, die hohen Mietkosten zu bezahlen. Anfang Oktober wurde deshalb im Deutschen Bundestag in erster Lesung die Reform des Wohngeldes auf den Weg gebracht – die größte und weitreichendste seit 1965. Der Kreis der Anspruchsberechtigten wird erheblich ausgeweitet: Künftig erhalten zwei Millionen Haushalte Wohngeld, also drei Mal so viele wie bisher. Die Leistungen werden sich im Schnitt von 180 Euro auf 370 Euro im Monat verdoppeln. Das neue Wohngeld-Plus enthält außerdem eine dauerhafte Heizkosten-Komponente, um die hohen Heizkosten abzufedern.

## Mehr Wohngeld für Millionen!

-  Statt 600.000 profitieren künftig **2 Millionen** Haushalte.
-  Dauerhafter **Heizkostenzuschuss** und **Klimakomponente** entlasten bei steigenden Wohnkosten. **Damit steigt das Wohngeld** im Schnitt von 180 Euro auf rund 370 Euro pro Monat.
-  Wohngeld ist künftig **schneller und einfacher** bei Euch.



Mario venzlaff | pixabay.de

## NEUES TICKET

### AUCH ANALOGES ANGEBOT

Die Mainpost hat mich gefragt, wie ich zu der von Bundesverkehrsminister Wissing geplanten Ausgestaltung des 49-Euro-Tickets stehe. Wissing will allein auf eine digitale Lösung setzen. Ich halte das nicht für richtig. Ich kenne viele Menschen, die nicht im Internet unterwegs sind oder die durch ihre Behinderung nur sehr eingeschränkt digital unterwegs sein können. Jeder muss sich ein solches Ticket kaufen können! Nur dann macht es Sinn.



Michael Dominik

## PATENSCHAFT

### MSP-SCHIFF FÜR DIE MARINE

Main-Spessart wird erneut die Patenschaft für einen Marine-Tanker übernehmen. Mit Alexander Hoffmann hatte ich mich vor drei Jahren für die Patenschaft stark gemacht und den Antrag des Landkreises an die damalige Bundesverteidigungsministerin übergeben (Foto). Die beiden Doppelhüllen-Tanker „Spessart“ und „Rhön“ der Betriebsstofftransporter Klasse 707 werden voraussichtlich 2025 in Dienst gestellt.

## FECHENBACH

### VON DEN NAZIS ERMORDET



Felix Fechenbach

## IM HAUS DER FREUDLOSEN

Als Justizopfer im Zuchthaus Ebrach

Buchcover: Königshausen &amp; Neumann

Vor 100 Jahren wurde der in Würzburg aufgewachsene Sozialdemokrat und enge Vertraute des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner in einem Schauprozess zu einer elfjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Nach zweieinhalb Jahren wurde Fechenbach vorzeitig entlassen, veröffentlichte seine Erfahrungen (s. links) und arbeitete für SPD-Zeitungen, in denen er gegen die NSDAP anscrieb. Am 7. August 1933 wurde er bei einer angeblichen Überführung ins KZ Dachau durch SA- und SS-Männer ermordet. Die



Mainpost erinnert dankenswerterweise [in einem Artikel](#) an ihn.

# GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehln



Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpoliti-  
sche Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Die Ampelkoalition mit Olaf Scholz an der Spitze war vor einem Jahr angetreten, um „Mehr Fortschritt zu wagen“. Sie wurde von den kriegesischen Ereignissen nach dem 24. Februar schier überrollt – und muss jetzt alles dransetzen, um geschlossen zu agieren, die Probleme in den Griff zu bekommen und diese Krise erfolgreich zu meistern.

Die Angst vor dem sozialen Abstieg, vor der nächsten Stromabrechnung, die Unsicherheit, wie der Alltag im kommenden Winter aussehen mag, all dies treibt die Menschen auch in Bayern um. Deshalb ist es so wichtig, dass die Hilfspakete, die nun geschnürt werden, tatsächlich dort ankommen, wo sie so dringend gebraucht werden. Vor allem bei jenen, die hart arbeiten und doch wenig haben: Postzustellerinnen und Altenpfleger, Servicekräfte und Alleinerziehende mit Teilzeitjob. Sie alle brauchen jetzt die Gewissheit, dass ihr Grundbedarf gesichert ist. Dass sie im Winter nicht in einer kalten Wohnung sitzen – und nicht etwa zur Tafel gehen müssen. Hier muss auch die Staatsregierung Verantwortung übernehmen.

Die schwer kalkulierbare, aktuelle Krise überlagert derzeit viele andere, ebenfalls sehr wichtige Themen, die aber nicht vergessen werden dürfen: Da sind die

4.000 fehlenden Lehrkräfte, die steigende Kinderarmut, die gravierende Unterfinanzierung unserer Krankenhäuser. Oder die so drängende Energiewende: Sie muss endlich auch in Bayern stattfinden.



Büro Martina Fehln

Hoffnungsvoll hat mich hingegen der Ausgang der jüngsten Landtagswahl in Niedersachsen gemacht. Ministerpräsident Stephan Weil, der sein Land bislang mit klarer Haltung und ruhiger Hand geführt hat, steht vor seiner dritten Amtszeit. Gratulation! Ich hoffe, dieser Wahlerfolg der SPD ist ein gutes Omen auch für die Landtagswahlen in Bayern im Herbst 2023.

Anfang Oktober haben mich die Delegierten der Stimmkreis Konferenz in Großostheim erneut zur Direktkandidatin für die Wahl des Bayerischen Landtags für den Stimmkreis Aschaffenburg-West gewählt – und mir ihr überwältigendes Vertrauen geschenkt. Dafür sage ich von Herzen „danke!“.

In schwierigen Zeiten brauchen wir eine starke Sozialdemokratie mehr denn je. Dafür setze ich mich mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag und auch im anstehenden Wahlkampf mit ganzer Kraft ein.

Herzliche Grüße

Ihre/Deine Martina Fehln

Abgeordnetenbüro Martina Fehln, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuero@martina-fehln.de